

will ich an diesem Tage den Gründern unserer Initiativgemeinschaft, den langjährigen Mitstreitern im Vorstand, im Beirat, in den Arbeitsgruppen und vor allem den fleißigen Vorstandsmitgliedern und Betreuern in den rund 180 TIG.

Am 06. Juni 1991, in einer sehr komplizierten Situation von einer kleinen Gruppe geschaffen, entwickelte sich ISOR zu einer wirksamen Kraft mit gegenwärtig über 24.000 Mitgliedern, die einen schwierigen und aufopferungsvollen Kampf gegen Rentenstrafrecht und Versorgungsungerechtigkeiten führen. Mehrfach gelang es in den vergangenen 15 Jahren, Änderungen der grundgesetzwidrigen und diskriminierenden Rentengesetzgebung gegen größere Gruppen ehem. DDR-Bürger zu erreichen und Entscheidungen zugunsten der Betroffenen herbeizuführen. Aber die Lösung der letzten und entscheidenden Aufgabe: Die völlige Beseitigung des Rentenstrafrechts und die Herstellung der Wertneutralität im deutschen Rentenrecht stehen noch aus! Mein besonderer Dank gilt jenen ISOR-Mitgliedern aus der ehem. NVA, den Grenztruppen, dem Mdl, der Deutschen Volkspolizei und der Zollverwaltung der DDR, die trotz der erfolgreichen Klärung ihrer Rentenprobleme gemeinsam und solidarisch mit uns den Kampf gegen das verbliebene Rentenstrafrecht fortsetzen. Für diese tätige Solidarität mit den ehem. Angehörigen des MfS/AfNS danke ich auch deshalb, weil diese Personengruppe in jüngster Zeit – 16 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland – in besonderer Weise erneuten und massiven Verleumdungen, Diffamierungen und Ausgrenzungen ausgesetzt wird. Niemand bestreitet, dass es in der Zeit des Kalten Krieges, der auf beiden Seiten von Härte geprägt war, bei der Durchsetzung der Sicherheitspolitik durch das MfS auch Überreaktionen, Fehlentscheidungen und Rechtsverstöße gab. Aber diese Feststellung gilt eben nicht nur für die DDR und nicht allein für das MfS.

Die westdeutsche politische Strafjustiz hat gegen rund 100.000

ehemalige DDR-Bürger ermittelt, wovon 1212 Angeklagte übrig blieben. Darunter waren 143 ehemalige Angehörige des MfS, von denen 25 verurteilt wurden, einer zu Freiheitsstrafe, 22 zu Freiheitsstrafen auf Bewährung, einer zu einer Geldstrafe und einer mit Verwarnung. Von Folter, Gewalttaten, Wasserzellen und Psychopharmaka war keine Rede mehr. Wer bis heute solche Behauptungen aufstellt, muss starkes Misstrauen in die 10jährige Tätigkeit der westdeutschen politischen Strafverfolgung haben. Die pauschale Verurteilung der ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS, die politische Entrechtung, die Berufsverbote und das Rentenstrafrecht sind durch nichts gerechtfertigt. Das MfS/AfNS ist juristisch rehabilitiert.

Mit aller Entschiedenheit weisen wir deshalb die neuerlich erhobenen Vorwürfe – besonders aber jegliche Vergleiche mit dem faschistischen Deutschland und seinen Terrororganen – zurück.

So wie wir es bisher gehalten haben, bekennen wir uns zu unserer Verantwortung und stehen für sachliche, offene, kritische und selbstkritische Gespräche zur Verfügung.

ISOR wird seinen Kampf gegen die soziale Ausgrenzung ehem. Angehöriger des MfS, für eine gerechte Altersversorgung, für die Durchsetzung des Prinzips der Wertneutralität des Rentenrechts bis zur Beendigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts fortsetzen.

In vielen Verbänden und Vereinen hat sie dabei solidarische Bündnispartner. Das gilt in besonderem Maße für das Ostdeutsche Kuratorium und ebenso für viele Persönlichkeiten in Parteien, untere Abgeordneten, für Publizisten und für all jene, die gegen soziale Ungerechtigkeit und massiven Sozialabbau in diesem Land kämpfen. Uns allen wünsche ich dabei das nötige Selbstvertrauen, die solidarische Kooperation aller Betroffenen und ein möglichst großes Mitgliederwachstum für ISOR e.V.

Denn nur, wenn wir als politische Kraft auch wahrgenommen werden, haben wir Aussicht auf Erfolg.

Chefinspekteur a.D. Gerhard Stauch:

Gewöhnlich wird ein Jahrestag wie der 15. begeistert gefeiert. Aber der 15. Jahrestag von ISOR, dem Zweckverband zum Schutz sozialer Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR, muss von zwei Seiten betrachtet und begangen werden.

ISOR kämpft um die Beendigung des Rentenstrafrechts. Dabei sind Erfolge erzielt worden. Jedoch gingen die Gründer davon aus, dass es niemals 15 Jahre dauern würde, um Rentengerechtigkeit für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR herzustellen.

Es gereicht wahrhaftig der Bundesrepublik Deutschland nicht zum Ruhme, dass nur scheinungsweise und immer jeweils per Gerichtsbeschluss den legitimen Rentenansprüchen entsprochen wird. Und dazu war es zudem noch erforderlich, gesonderte Organisationen zu schaffen, da der Einzelne sowohl mit den juristischen Problemen in der Sache als auch mit den damit verbundenen materiellen Belastungen überfordert wäre. Immerhin aber haben wir im gemeinsamen Kampf mit anderen Verbänden in den vergangenen 15 Jahren mehrfach gravierende Korrekturen des Rentenrechts durch höchstgerichtliche Entscheidungen erzwingen können und die nun immer noch bestehende pauschalisierende Rentenbegrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte für ehemalige Mitarbeiter des MfS muss offensichtlich ebenfalls per Beschluss des Bundesverfassungsgerichts statt über den Weg ausgleichender politischer Vernunft herbeigeführt werden.

Zugleich erfüllt es mich mit Stolz und Freude, dass die Solidarität in unserer Gemeinschaft unvermindert anhält und sich tatsächlich von Jahr zu Jahr noch verstärkt. Dies besonders auch durch Freunde, deren eigenes rentenrechtliches Problem inzwischen längst geklärt ist. Diese Solidarität ist Ausdruck hoher Moral und solidarischer Verantwortung füreinander, zugleich aber auch einer sorgfältigen Führung unserer

berufen wurde, um das Menschen- und Bürgerrechtserbe der Revolution von 1848 zu würdigen

Dez. 98 Das UNO-Komitee für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte rügt die BRD-Regierung für die benachteiligende Behandlung von ehem. DDR-Bürgern

28.04.99 Das BVerfG verkündet Urteile zu Vorschriften des AAÜG und erklärt u.a. die Absenkung des Arbeitsentgelts unter 100 Prozent des jeweiligen Durchschnittsentgelts für nichtig



24.07.99 4. Außerordentliche Vertreterversammlung der ISOR e.V. in Berlin – Analyse der Lage nach den Urteilen des BVerfG

28.06.00 Der Vorstand der ISOR e.V. wendet sich mit persönlichen Briefen an die Bundestagsabgeordneten mit der Aufforderung, mit dem bevorstehenden 2. AAÜG-Änderungsgesetz die Wertneutralität des Rentenrechts vollständig wieder herzustellen

01.09.00 ISOR e.V. eröffnet im Internet eine Webseite

02.04.01 Gemeinsame Pressekonferenz von BRH, DBwV, ISOR e.V. und GBM, auf der die Haltung zu dem Entwurf des 2. AAÜG-Änderungsgesetz dargelegt wird

09./10.06.01 Die 3. Vertreterversammlung in Gosen beschließt auf der Grundlage des überzeugenden Votums der Mitgliederbefragung (96,6 %) die entschlossene Fortsetzung des Kampfes zur Beseitigung des Rentenstrafrechtes

27.07.01 2. AAÜG-Änderungsgesetz zur Umsetzung der Urteile des BVerfG vom 28.04.99

20.08.01 Beschluss des BVerfG über Nichtannahme einer Verfassungsbeschwerde wegen Krankenversicherung 1991 zur Entscheidung

21.11.01 Beschluss des BVerfG: Die Einstellung von Dienstbeschädigungsteilrenten neben Vollrenten ist verfassungswidrig

02.05.02 Start einer Postkartenaktion mit dem Appell an den Bundesminister Riester und den Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, für eine gerechte Lösung aller Rentenansprüche einzutreten

25.06.02 Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern beschließt eine Bundesratsinitiative zur Schließung der verbliebenen Gerechtigkeitslücken bei der Überleitung der DDR-Renten in bundesdeutsches Recht

Aug. 2002 Der Vorstand der ISOR e.V. ruft die Mitglieder auf, durch Geldspenden Hochwassergeschädigten, insbesondere vom Hochwasser betroffenen Mitgliedern solidarische Hilfe zu leisten. – Die Spendensumme beläuft sich auf über 150.000

Febr. 2003 Erklärung des Vorstandes der ISOR e.V. gegen die Vorbereitung eines Krieges gegen den Irak

02.03.03 Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg weist die eingereichten Beschwerden über die durch die BRD erfolgte Ungleichbehandlung der ehem. Angehörigen des MfS/AfNS als unbegründet zurück

31.05.03 Das OKV und der Parteivorstand der PDS verabschieden auf einer gemeinsamen Konferenz in Dessau das »Ostdeutsche Memorandum 2003« und die Resolution »Dem Osten eine Zukunft«

29.10.03 Der Vorstand der ISOR e.V. fordert in einer Presseerklärung zur Rentenentwicklung die Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten und die Überführung bisher nicht abgegoltener Ansprüche aus ehem. Zusatz- und Sonderversorgungssystemen in die gesetzliche Rentenversicherung

März 04 Das Buch »Wertneutralität des Rentenrechts – Straffrente in Deutschland?« (Herausgeber ISOR e.V.) wird auf einer vom Homilius Verlag organisierten Pressekonferenz in Schwerin vorgestellt

03.04.04 Europaweite Massenproteste gegen den anhaltenden Sozialabbau – Über 250.000 Teilnehmer demonstrieren in Berlin gegen die Agenda 2010



26.04.04 Die 18. Kammer des Sozialgerichtes Berlin hat ein Klageverfahren gegen die Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte zur Vorlage beim Bundesverfassungsgericht ausgesetzt

22.06.04 Beschluss des BVerfG über die Nichtannahme einer Verfassungsbeschwerde eines ehem. MfS/AfNS-Angehörigen gegen die Begrenzung auf 1,0 EP zur Entscheidung

23.06.04 Das BVerfG erklärt in einem Beschluss die noch bestehenden Entgeltkürzungen für ehem. Angehörige der NVA, des Mdl, der Zollverwaltung und sogen. staatsnaher Zusatzversorgungssysteme (E3-Fälle) für verfassungswidrig

08.10.04 5. Außerordentliche Vertreterversammlung in Berlin

30.03.05 Erklärung des Vorstandes und des Beirates der ISOR e.V. zum 60.

➤ Fortsetzung von Seite 5

Arbeit durch die Vorstände unserer Organisation in den über 180 territorialen Gruppen zu verdanken. Wir sollten deswegen die Gelegenheit nutzen, unseren Freunden, die in ISOR Leitungsverantwortung übernommen und denen, die in täglicher ehrenamtlicher Kleinarbeit die Organisation unseres Vereins übernommen haben, recht herzlich für ihre unermüdete Arbeit zu danken. Den Wert ihrer Arbeit kann man eigentlich überhaupt nicht überschätzen.

ISOR hat durch beharrliche Sacharbeit und die Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden die Akzeptanz und den Respekt der Gerichte und der staatlichen Organe erworben. Es ist nicht die Frage, ob man uns mag – ohne unser Wirken wären bisher erreichte Korrekturen zur Vervollständigung des Rentenrechts nicht erreicht worden. Unser Kampf wird auch weiter der Wiederherstellung der Wertneutralität des Rentenrechts gelten. Der 15. Jahrestag der Gründung der ISOR e.V. sollte uns Anlass sein, unsere Organisation weiter zu stärken.



Chefinspekteur a.D. Dieter Winderlich:

Wenn wir vor 15 Jahren dem Rat der sogenannten Bürgerrechtler gefolgt wären, den sie übrigens aus aktuellem Anlass auch in diesem Jahr verbreiteten, dann wäre ISOR schon Geschichte. Wir sollten uns in Demut verkriechen, vor diesem und jenem für alles entschuldigen, ja nicht selbstbewusst unser Haupt erheben sondern zufrieden sein mit dem, was uns SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Grüne an Rente zugestehen. Und mitreden, wenn es um die Geschichte der DDR und unserer Organe geht, dieses anmaßende Verhalten sollten wir uns aus dem Kopf schlagen.

Dank der Frauen und Männer, die damals die Initiative zur Gründung der Initiativgemeinschaft zum Schutze unserer sozialen Rechte ergriffen, konnten wir doch in solidarischer Gemeinschaft so manches Recht, was

man uns absprach, erkämpfen. Wenn wir es auch noch nicht geschafft haben, das Rentenunrecht und das Rentenstrafrecht abzuschaffen, von den erreichten Schritten haben aber alle etwas profitiert.

Ich bin vom ersten Jahr an Mitglied und stolz auf unsere Solidargemeinschaft, wo es nicht darauf ankommt, was einer mal war, sondern wie er sich für die Gemeinschaft einsetzt.

Von Solidarität und Kampfgemeinschaft hatte auch ich als Offizier des Strafvollzuges und der Volkspolizei, zuletzt als deren Chef, auf diversen Dienst- und anderen Versammlungen geredet. Als ISOR ins Leben gerufen wurde, wollte ich weiter zu meinen früheren Worten stehen und mitmachen. Vor den jüngsten Drohungen mit dem Verfassungsschutz habe ich keine Angst: ISOR und jedes Mitglied, ich auch, wir bewegen uns auf der Basis des Grundgesetzes und wollen den Staat nicht abschaffen, wohl aber ihn dazu bewegen, Rentenstrafrecht zu beseitigen. Wir müssen weiter zusammenhalten, damit die Begrenzung auf einen Rentenpunkt für alle zurückgenommen wird. Dazu brauchen wir jedes Mitglied, auch neue Mitglieder, jede Eigeninitiative, jeden Cent und gemeinsam anzugehende Schwerpunkte. Vom Vorstand erwarte ich weiterhin eine solche Ziel- und Schwerpunktsetzung, die uns mit Geduld und Spucke voran bringt. Wie wir gesehen haben, bringt es der Gesetzgeber noch 14 Jahre nach dem Beitritt fertig, für neue Personenkreise ein Rentenstrafrecht zu verhängen. So geschehen u.a. mit den Mitgliedern der Kreiseinsatzleitungen. Damit sind jetzt neu z.B. die Leiter von Volkspolizeikreisämtern betroffen. Was wird wohl bei der nächsten Gesetzesänderung an Neuland beschritten? Wegen des Bestandschutzes kann es nur noch die jüngeren Volkspolizisten treffen. Fordern wir sie auf, Mitglied in unserer Solidargemeinschaft zu werden. Mein Fazit: Es ist ein schönes und beruhigendes Gefühl, zu einer Gemeinschaft zu gehören, in der man Solidarität geben und empfangen kann.

Siegfried Felgner, Mitglied des Vorstandes und Landesbeauftragter Mecklenburg-Vorpommern:

Wir alle haben besonders in den letzten Jahren viel Unrecht ertragen müssen. Was wir aber in unserem juristischen und politischen Kampf gegen das Rentenstrafrecht gegenwärtig zur Kenntnis nehmen müssen, hat mit immer wieder lauthals verkündeter Rechtsstaatlichkeit der BRD nichts zu tun. Uns und damit unserem Verein wurde es zu keiner Zeit in den letzten 15 Jahren einfach gemacht.

Gegenwärtig erleben wir einen regelrechten Meinungsterror und Verleumdungen offensichtlich mit dem Ziel, das Rentenstrafrecht weiter ideologisch abzusichern. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, ist es mir ein echtes Bedürfnis, Euch allen Dank zu sagen für gezeigten Zusammenhalt, Solidarität, Ausdauer, Hartnäckigkeit und weiteren ungebrochenen Kampfgeist. Im Land Mecklenburg-Vorpommern sind wir bei der Erfüllung der Beschlüsse der Vertreterversammlungen 2004 und 2005 ein gutes Stück vorangekommen. Natürlich haben wir auch noch Reserven, wie z.B. bei der Werbung neuer Mitglieder.

Was die komplizierte, anspruchsvolle und intensive Arbeit betreffend die Schaffung der Voraussetzungen für die Eröffnung eines neuen Klageweges, sollten wir weiter Vertrauen zu der damit befassten Arbeitsgruppe haben. Was da geleistet wird, verdient unser aller Respekt. Während mehrerer Aktionen haben wir dazu Unterstützung gegeben, z.B. um die Blockaden einzelner Ministerien und Behörden beenden zu helfen.

Auch politisch waren wir nicht untätig. Unter Beachtung der Landtagswahlen im September 2006 erreichten wir gemeinsam mit uns verbündeten Vereinen/Verbänden, dass die Linkspartei.PDS sich veranlasst sah, sich auf ihrem Landesparteitag im April zur Rentenpolitik zu positionieren. Im beschlossenen Wahlprogramm fordert die Partei jetzt z.B. die Rentangleichung Ost an West und die Beseitigung des Rentenstrafrechts.

Zum 8. Juni nun ist ISOR zu einem Sozialgipfel der Landesverbände BRH, SoVD, VDK und Volkssolidarität des Landes eingeladen. Damit erhalten wir die Möglichkeit, uns durch unser Engagement im

Land noch stärker in den Widerstand gegen den fortschreitenden Sozialabbau einzubringen.

Übrigens: Bei aller berechtigten Kritik am jetzt endlich beschlossenen Gesetz zum Dienst-

beschädigungsausgleich, es ist ein weiterer juristischer und politischer Erfolg unseres Kampfes um mehr Gerechtigkeit.

Zu unserem Jahrestag ein weiterer »Mutmacher«.

Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

21.06.05 1. Gesetz zur Änderung des AAÜG legt die Fortsetzung der bestehenden Kürzungen nach der E3-Regelung für bestimmte Personen fest und stellt diese den ehem. Angehörigen des MfS/AfNS gleich

29.09.05 Erklärung des Vorstandes der ISOR e.V. anlässlich des Kolloquiums des OKV zum 15. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD und zum Ausgang der Wahl zum Deutschen Bundestag

12.11.05 4. Vertreterversammlung der ISOR e.V. in Berlin

01.03.06 Eine Delegation des Vorstandes überreicht der Festveranstaltung anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung der NVA die Grußadresse der ISOR e.V.

07.04.06 Beschluß des Dienstbeschädigungsausgleichsgesetzes durch den Bundestag

06.06.06 15. Jahrestag der Gründung der ISOR e.V.



Aus unseren TIG



Auf Initiative des Vorstandes der TIG Cottbus wurde gemeinsam mit der GRH und dem Solidaritätskomitee am 06.05.2006 eine Veranstaltung durchgeführt, zu der wir Egon Krenz eingeladen hatten. Auf dieser gut besuchten Veranstaltung, an der auch Mitglieder der Linkspartei.PDS und der GBM teilnahmen, sprach Egon Krenz zum Thema: »Das

Jahr 1989 und was daraus geworden ist.« Unser Gast trat sehr selbstkritisch zu seiner Verantwortung in der Partei- und Staatsführung der DDR auf. In der sehr offen und kämpferisch geführten Aussprache wurde deutlich, dass unsere historische Niederlage, die zum Anschluss der DDR an die BRD führte, einen Komplex von inneren und äußeren Ursachen

hatte. Betont wurde, dass wir nicht unserem politischen Gegner die Deutungshoheit zur Geschichte der DDR überlassen dürfen. Das Spektrum der Diskussion umfasste u.a. die Bedeutung der Vereinigung der KPD mit der SPD zur SED, die angestrebte Vereinigung der Linkspartei.PDS mit der WASG

➤ Fortsetzung auf Seite 8

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 95. Geburtstag:
Elli Enderlein, Bln.-Hhnsn.

zum 93. Geburtstag:
Karl Marquardt, Plauen

zum 92. Geburtstag:
Herta Bode, Magdeburg
Frieda Schneider, Cottbus

zum 91. Geburtstag:
Irma Baude, Bln.-Fr'felde
Werner Fischer, Dresden

zum 90. Geburtstag:
Werner Seidel, Bln.-Mitte

zum 89. Geburtstag:
Hans Krüger, Bln.-Pankow
Hildegard Schürz, Senftenberg

zum 88. Geburtstag:
Erich Walther, Strausberg

zum 87. Geburtstag:
Heinz Köhler, Bln.-Treptow
Gertrud Mühlporfte, Bln.-Hhnsn.
Heinz Nieter, Pdm.-Stern
Gerhard Rätzel, Magdeburg
Anna Marie Scheiner, Bln.-Prenzl.Bg.
Erika Wagner, Leipzig

zum 86. Geburtstag:
Heinz Busch, Magdeburg
Heinz Döhnert, Dresden
Herbert Hamann, Chemnitz
Gerhard Ihm, Bln.-Köpenick
Margarete Knauth, Magdeburg
Fritz Lieske, Bln.-Li'berg
Otto Maul, Aschersl./Staßfurt
Fritz Melzer, Königswalde/Annaberg
Ursula Riedel, Pdm.-Waldstadt
Elfriede Rößner, Leipzig
Elfriede Sliwanski, Leipzig
Walter Streich, Bützow
Kurt Thielemann, Chemnitz

zum 85. Geburtstag:
Otto Besecke, Schönebeck
Edith Buchheim, Saalfeld
Heinz Cholewa, Bln.-Hhnsn.
Elfriede Döhnert, Dresden
Marie Harnisch, Bln.-Prenzl.Bg.
Walter Kosmalla, Schönebeck
Heinz Otto, Bln.-Li'berg
Gertrud Pohl, Bln.-Fr'felde
Elli Pompe, Zäckericker Loose
Rosemarie Richter, Bln.-Marzahn
Paul Sopart, Magdeburg
Walter Weber, Dresden
Herbert Wiegandt, Bln.-Hhnsn.
Ursula Wiesner, Eisenach

zum 80. Geburtstag:
Ingeborg Albrecht, Klein-Müritz
Karl-Heinz Berger, Erfurt
Johannes Bräunlich, Prenzlau
Rudi Breitgam, Aschersl./Staßfurt
Erika Dluzczinski, Bln.-Prenzl.Bg.
Adelheid Fischer, Bln.-Mitte
Günter Frohne, Gera
Dr. Rolf Gläsel, Leipzig
Gerhard Gudopp, Bln.-Fr'felde
Lucie Herrmann, Leinefelde
Hermann Holze, Wolmirstedt
Günter Kelp, Bln.-Weißensee
Hans Lapp, Rostock
Käthe Könnicke, Bln.-Hellersdorf
Herbert Martin, Bln.-Fr'felde
Anita Otto, Leipzig
Fritz Prochnow, Perleberg
Reinhard Psotta, Lübben
Elli Reps, Bln.-Fr'felde
Gerda Riss, Bln.-Hellersdorf
Waltraud Rößger, Bln.-Li'berg
Fritz Ruck, Suhl
Brunhilde Rudolph, Dresden
Kurt Schulz, Chemnitz
Dr. Jochen Theck, Bln.-Köpenick

Franz Thomas, Bln.-Hhnsn.
Helga Tittmann, Dahlewitz-Hoppeg.
Kurt Weißel, Bln.-Marzahn
Siegfried Wils, Bln.-Treptow
Horst Worsch, Bln.-Fr'felde

zum 75. Geburtstag:
Gottfried Baier, Görlitz
Günter Bischoff, Kittlitz
Georg Böhnisch, Dresden
Liane Borchert, Magdeburg
Klaus Ehlert, Bln.-Köpenick
Heinz Enk, Bln.-Fr'felde
Ilse Fischer, Cottbus
Hans Friedrich, Bln.-Treptow
Albrecht Füg, Templin
Horst Götzinger, Lütz
Rolf Grotzsch, Dresden
Dieter Haase, Dresden
Brunhilde Haferkorn, Bln.-Weißensee
Margot Hilpert, Leipzig
Paul Hippler, Magdeburg
Hans Hölzel, Bischofswerda
Alfred Hörnig, Leipzig
Dieter Hoffmann, Dresden
Johannes Hütter, Chemnitz
Ursula Kästner, Eisenach
Dietrich Kaiser, Schwerin
Ruth Keil, Leipzig
Herbert Klimt, Greifswald
Günter Klink, Saßnitz
Horst Köhler, Pdm.-Babelsberg
Paul Kretschmann, Rostock
Hans-Joachim Kretschmar, Dresden
Hans Krug, Stralsund
Erika Kulka, Bln.-Hellersdorf
Kurt Lange, Stralsund
Martin Lätsch, Görlitz
Heinz Lehmann, Herzberg
Peter Leisenritt, Stralsund
Werner Liebkecht, Rostock
Ruth Linge, Cottbus

Ruth Lucius, Bln.-Karlshorst
Gerhard Mähner, Bln.-Hellersdorf
Ursula Markgraf, Pdm.-Babelsberg
Margarete Maser, Bln.-Hhnsn.
Hildegard Meerkatz, Neubrandenburg
Kurt Mende, Bln.-Marzahn
Willi Mendritzki, Saßnitz
Anni Mielke, Schwerin
Erich Mühlkamp, Magdeburg
Sonja Mühlner, Bln.-Fr'hain
Werner Nestler, Stollberg
Gerda Plotnikow, Wolmirstedt
Gisela Richter, Bln.-Fr'felde
Bernhard Sanftenberg, Bln.-Hellersd.
Sonja Scherner, Bln.-Köpenick
Lieselotte Schmidt, Bln.-Hellersdorf
Alfred Schneider, Herzberg
Karl Schröder, Saalfeld
Manfred Schulz, Chemnitz
Egon Schulze, Rostock
Horst Schwiedersky, Senftenberg
Herbert Seidel, Bln.-Fr'hain
Hannelore Siewkowski, Bln.-Hhnsn.
Walter Sonnenfeld, Schwerin
Egon Stangohr, Grimma
Ilse Stöhr, Dresden
Walter Strey, Hoyerswerda
Herbert Tamm, Bln.-Marzahn
Hildegard Tamm, Pdm.-Waldstadt
Horst Tarun, Bln.-Weißensee
Harry Thieme, Erkner
Helmut Thoß, Bln.-Köpenick
Heinz Voss, Stralsund
Heinz Wähle, Bln.-Pankow
Manfred Wähle, Pdm.-West
Helmut Wagner, Ansprung
Gerhard Walther, Bln.-Fr'felde
Gerhard Wehner, Magdeburg
Martin Weller, Strausberg
Werner Zabel, Neubrandenburg
Manfred Zeh, Luckau
Gerhard Ziesler, Pdm.-Babelsberg
Christa Zysik, Magdeburg

➤ **Fortsetzung von Seite 7**

und die sich daraus ergebenden neuen Möglichkeiten der Verstärkung des Kampfes gegen den fortschreitenden Sozialabbau und weitere soziale Grausamkeiten der herrschenden Klasse in der BRD.

Die Vereinigung der Linken wurde von allen Rednern begrüßt, denn sie bietet auch bessere Bedingungen für unseren Kampf um Rentengerechtigkeit und gegen das fortgeltende Rentenstrafrecht. Diese gemeinsame Veranstaltung mit Vereinen und Organisationen trug zur Festigung unseres solidarischen Kampfes bei.

Heinz Schulz



Aus Anlass des 15. Jahrestages der Gründung von ISOR e.V. fand im April 2006 die mit 60 Teilnehmern gut besuchte Mitgliederversammlung der TIG **Aue-Schwarzenberg** statt.

Als Gäste herzlich begrüßt wurden u.a. ein Beauftragter des Kreisverbandes Aue-Schwarzenberg der PDS, sowie die Vorsitzende des BRH Schwarzenberg.

Der Vorsitzende der TIG zog in seinem Rechenschaftsbericht eine positive Bilanz der Arbeit des Vorstandes seit der Gründung der TIG vor 15 Jahren und verwies darauf, dass die Festlegungen der Vertreterversammlung vom November 2004 Grundlage für die Fortführung der Arbeit des Vorstandes der TIG in der kommenden Zeit ist und bleibt.

Breiten Raum nahm die vielschichtige Betreuung der Mitglieder ein. Obwohl 45 Mitglieder durch Ableben ausgeschieden sind, konnte der Mitgliederbestand ständig ausgebaut werden und ist derzeit auf 115 Angehörige angewachsen.

Eine besondere Würdigung erfuhren die Mitglieder, die sich in der Gewinnung noch abseits stehender ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Organe einsetzten. Ferner wurden die im erweiterten Vorstand aktiv wirkenden Angehörigen der TIG mit einer eigenen entworfenen und persönlich abgefassten Urkunde geehrt.

Mit der Wahl eines neuen Vorstandes der TIG war es auch möglich, den Altersdurchschnitt von 75 Jahren auf 59 Jahre zu verjüngen. Aus Altersgründen in die zweite Reihe getreten, versicherten alle ehemaligen Vorstandsmitglieder, weiterhin aktiv am Leben der TIG teilzunehmen und zu unterstützen.

Das abschließende Kulturprogramm, bei Kaffee und Kuchen, der von einer Versicherung gesponsert wurde, rundete das Treffen ab, was wiederum das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder stärkte und eine gute Ausgangsbasis für den weiteren solidarischen Kampf um die endgültige Beseitigung des noch bestehenden Rentenstrafrechts bildet.

Hans Seliger

Bei anderen gelesen:

Was ist mit »DDR-Unrecht«?

RA Dr. Friedrich Wolff, Mitglied des Kuratoriums der GBM, wandte sich an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages mit nachstehender »Petition zur Feststellung der Wahrheit über Umfang und Inhalt des DDR-Unrechts«:

Wir ersuchen den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Auskunft über das Ergebnis der über zehnjährigen strafrechtlichen Verfolgung des DDR-Unrechts einzuholen und das Er-

gebnis bekannt zu geben.

Begründung: Während in der Öffentlichkeit vielfach behauptet wird, in der DDR sei gefoltert worden, Bürger wären unrechtmäßig in psychiatrische Anstalten eingewiesen und Kinder zwangsadoptiert worden, hat der ehemalige Generalstaatsanwalt Schaefgen in der Zeitschrift »Neue Justiz«, Heft 1 im Jahr 2000 auf den Seiten 1 ff derartiges nicht berichtet und damit ausgeschlossen.

Auch die Professoren Klaus Marxen und Gerhard Werfe haben in ihrer Schrift »Die strafrechtliche Aufarbeitung von DDR-Unrecht. Eine Bilanz« (Berlin-New York 1999) keine derartigen Behauptungen aufgestellt. Durch die z.T. mit öffentlichen Geldern betriebene Verbreitung dieser Behauptungen wird eine große Zahl von Bürgern der BRD angeprangert und die innere Einheit gefährdet. Es ist unser Anliegen, dass jetzt die Wahrheit über die Vergangenheit, wie sie die Justiz mit großem Aufwand an finanziellen und personellen Mitteln festgestellt hat, amtlich bekannt gemacht wird.

Vorstehende Petition kann mit Schreiben an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, unterstützt werden.

(Aus »Akzente«,

Monatszeitung der GBM 5/06)

Von Mitglied zu Mitglied:

Naturparadies Lausitz

Kleine gemütliche Hotel-Pension im **Heide-Teichgebiet** – Auch FeWo möglich – Tel.: 035894-30470 – www.pension-weiser.de



Urlaub in der **Schorfheide**, Nähe Templin – FeHs 60 m²,

ganzjährig – bis 5 Pers.
Tel.: 039883-48168



FeHs in **Plau am See**, ca. 150 m zum Strand – 5 Prozent Rabatt für ISOR-Mitglieder
Tel.: 038738-70421



Natur pur, 2 gemütliche FeWo. in **Unterweißbach/Thür. Schwarzwald** – Tel.: 036730-22785 (ab 19.00 Uhr)



FeWo. für 2 Pers. In **Seeheilbad Zingst** noch frei 27.08.-02.09. u. Okt. 06 – Tel.: 038232-15368 (nach 18.00 Uhr)

Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

HILMAR BACH, Suhl
MARGIT BUSE, Erfurt
INGE DRAHOTA, Schwerin
HANS-DIETER ECKARDT, Bernau
ROLF ELLERMANN, Erfurt
BERND FIEDLER, Marienberg
GERHARD FISCHER, Herzberg
ELISABETH FISCHERS, Seelow
WILLIBALD GEPPERT, Cottbus
CHRISTEL GRAENING, P.-Babelsbg.
HERBERT GÜNTHER, Görlitz
SIEGFRIED HORNSCHUH, Bln.-Trep.
MIRA JÄGER, Bln.-Hellersdorf
MANFRED JÜRGES, Neuenhagen
IRENE JUHRA, Dresden
HORST MARWITZ, Finsterwalde
HORST MAU, Rostock
HERBERT NÄTHER, P.-Babelsbg.
SIEGFRIED OBERMEIER, Bitterfeld
WALTRAUD OPITZ, Bln.-Treptow
GERHARD RADCIĘY, Bln.-Karlsh.
MANFRED RICHTER, Zwickau
RAINER ROCKSTROH, Bln.-Fr'hain
RUDOLF SCHINDLER, Bln.-Treptow
ANNELIES SCHNABEL, Leipzig
URSULA SEYFFER, P.-Babelsbg.
JOSEF SOMMER, Salzwedel
WALTER TANNER, Bad Dürrenberg
RAINER THAMM, Erfurt
GERTRAUDE TUTZSCHKY, Döbeln
HANS-GEORG WEBER, Altglienicke
WERNER WENDLER, Leipzig
GÜNTER ZUMMACH, Rostock

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 31.05.2006

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.06.2006

Einstellung im Internet: 07.07.2006

Auslieferung: 13.07.2006

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Donnerstag von 15 bis 18 Uhr